

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Nachtragsproduktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

Produktplan:	11	Justiz
Produktbereich:	11.04	Justizvollzug
Produktgruppe:	11.04.01	Justizvollzugsanstalt Bremen

Der Anschlag bei den konsumtiven Einnahmen wird von 114 T€ um 6 T€ auf 108 T€ und der Anschlag bei den Personalausgaben von 10.157 T€ um 57 T€ auf 10.100 T€ reduziert.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird von 3.447 T€ um 108 T€ auf 3.555 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Einzelplan:	01	Justiz und Verfassung, Sport
Kapitel:	0120	Justizvollzugsanstalt Bremen
Titel:	0120/111 57-4	Haftkosten

Der Anschlag wird von 105.380 € um 6.210 € auf 99.170 € reduziert.

Titel:	0120/425 01-3	Vergütungen der Angestellten
--------	---------------	------------------------------

Der Anschlag wird von 1.251.190 € um 56.910 € auf 1.194.280 € reduziert.

Titel:	0120/526 00-6	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten
--------	---------------	--

Der Anschlag wird von 18.520 € um 108.260 € auf 126.780 € erhöht.

Cornelia Wiedemeyer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU